

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mf., für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkontokonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

**Insertionspreis:** Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mf., bei Platzvorschrift 2.30 Mf.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mf., Reklame-Kolonelleise 7.50 Mf. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Wirth über die Entwaffnungsfrage. Regierungsverbreiterung?

M. Berlin, 20. Mai. In einer Unterredung, die der Reichskanzler Dr. Wirth mit einem Journalisten der Tageszeitung Der Deutsche hatte, wies der Reichskanzler u. a. darauf hin, daß die Entwaffnungsfrage in Bayern gelöst werden müsse. Die durch das Ultimatum erwachsenen Verpflichtungen sollen nach Möglichkeit eingehalten werden. Zu diesem Zweck sollen im Reichskabinett entsprechende Vorschläge vorbereitet und in schneller Aufeinanderfolge im Parlament durchgebracht werden. Ueber die von einer großen Volksmehrheit (? D. Red.) gewünschte Regierungsverbreiterung äußerte sich der Reichskanzler in zustimmendem Sinne.

### Der edle Ritter als Kriegshehr.

München, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. W.) In der Münchener Abendzeitung schreibt in der gestrigen Abendausgabe der Präsident des Reichswirtschaftsrats, Eder v. Braun, daß die Frage der technischen Durchführbarkeit und politischen Zulässigkeit der Auflösung der Einwohnerwehre unbedingt verneint werden müsse. Die oberste politische Frage stelle uns vor neue wichtige Aufgaben. Wenn die Entente der im Friedensvertrag festgelegten Pflicht auf Schutz Oberschlesiens auch fernhin nicht nachkomme — und dies nimmt Herr Braun als feststehend an —, so müßten wir unser Eigentum mit eigener Faust verteidigen. „Dies aber,“ so heißt es dann wörtlich, „würde zum Krieg mit Polen und damit gleichzeitig mit Frankreich führen.“ Nun wird also ganz bewußt zum Krieg mit Frankreich gekehrt und dabei gibt man sich der Hoffnung hin, daß mit englischer Hilfe für Deutschland gerechnet werden könne, denn nur so kann folgende Bemerkung gedeutet werden: „Die Weltgeschichte bringt allerdings auch Ueberraschungen, die außerhalb der menschlichen Voraussicht liegen und alle Kombinationen über den Haufen werfen.“

Man kann nun darauf gespannt sein, wer schließlich recht behalten wird: der Reichskanzler, der noch immer nicht wagt, ein entschlossenes Wort mit Bayern zu sprechen, oder der kaiserliche Präsident des Reichswirtschaftsrats, der dem zaghaften Verhalten der Reichsregierung mit einem entschlossenen: Nein die Stirne bietet.

### Bayern und die Entwaffnungsnoten.

München 20. Mai. Die Münchener neuesten Nachrichten melden: Ein Teil der Presse beschäftigt sich mit Vermutungen und Kombinationen über die bayrischen Einwohnerwehren. Es muß zunächst erneut festgestellt werden, daß die bayrische Regierung bisher keine Veranlassung genommen hat, zu der Entwaffnungsnote Nollets und zu dem Rundschreiben der Reichsregierung an die Landesregierungen Stellung zu nehmen. Irgendwelche Beschlüsse über die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren sind daher nicht gefaßt worden. Der vor mehreren Tagen angekündigte Ministerrat, der sich mit dieser Frage beschäftigen wollte, ist bisher nicht abgehalten worden und wird voraussichtlich in dieser Woche auch nicht mehr zusammentreten. Ferner erfahren wir, daß auch die Leitung der Einwohnerwehren keine bindenden Beschlüsse gefaßt hat. Von verschiedenen Verhandlungen, wie einige Blätter berichteten, ist an amtlicher Stelle nichts bekannt.

Es ist danach wirklich höchste Zeit, daß die Reichsregierung der bayrischen Orgesch-Regierung Veranlassung gibt, endlich unweidlich zu der Entwaffnungsfrage Stellung zu nehmen.

### Vertagt.

Die französische Kammerdebatte wurde wider alles Erwarten gestern abgebrochen und die Weiterberatung auf Dienstagmittag vertagt. Ob bei der Vertagung innerpolitische Gründe mitgespielt haben, läßt sich schwer beurteilen, viel eher ist anzunehmen, daß es sich um einen außenpolitischen Schachzug der französischen Kammer handelt, deren politische Färbung immer um einen Stich imperialistischer ist als die offizielle Regierungspolitik. Durch die Vertagung wird nämlich die für Ende dieser Woche geplante Zusammenkunft Briands, Lloyd Georges und Sporgas in Boulogne hintertrieben, dem Drängen Englands und Italiens nach einer Lösung der ober-schlesischen Frage und der Frage der Aufhebung der Sanktionen die Spitze abgebrochen.

Die imperialistische Mehrheit der französischen Kammer trägt die Verantwortung dafür, daß die Entscheidung über die brennendsten Fragen hinausgeschoben werden muß, sie ist dafür verantwortlich, daß zwei Jahre nach dem Abschluß des „Friedens“ die primärsten Sicherungen des Friedens, die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens und des deutschen Westens, noch immer nicht geschaffen wurden. Aber die französische Kammermehrheit, die auf Grund der Hottentottenwahlen des Jahres 1918 zustande gekommen ist, wird von ihrem Wahne, das Schicksal Europas 1921

ihren imperialistischen Machtgelüsten lenken zu können, bald geheilt werden. Das Londoner Ultimatum war die erste Lektion, die ihr erteilt wurde. Es war der Anfang der Erkenntnis, daß durch einen Zusammenbruch Deutschlands niemandem, auch den Siegern nicht geholfen werden könne. Die Haltung Lloyd Georges in der ober-schlesischen und Sanktionsfrage bedeutet einen weiteren Fortschritt in dieser Erkenntnis. Wenn die herrschenden Klassen Frankreich sich ihr noch weiter verschließen wollten, so wird sie sich über ihre Köpfe hinweg durchsetzen.

### Die Fortsetzung der Kammerdebatte.

Paris, 20. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer ergriff zunächst der Abgeordnete Marcel Cachin (Kommunist) das Wort. Er wurde in seiner Rede wiederholt unterbrochen und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Cachin erklärte, die Entente habe Europa balkanisert, Aufteilungen hätten unter dem Einfluß der internationalen Großfinanz stattgefunden. Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles sei zur größten Ueberraschung wieder das Wort „casus belli“ ausgesprochen worden. Der Redner fragte, ob man etwa geglaubt habe, die Norm für einen internationalen Frieden aufstellen zu können, ohne Rußland zu fragen. Seit 48 Stunden seien die Mißverständnisse zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten so, daß eine Krise in der Allianz die Lage noch komplizierter gestaltet habe. Cachin ging alsdann dazu über, die Frage von Oberschlesien zu besprechen. Er drückte die Befürchtung aus, daß die Lösung, die man finden werde, keine Friedenslösung sei, weil nicht nur der Rassenhaß den Abschluß des Friedens schwieriger gestalte, sondern weil große internationale Interessen der Schwerindustrie und der Kohlenzeuggewer die Frage komplizierten. Cachin verlangte vom Ministerpräsidenten, daß er endgültig auf die Besetzung des Ruhrgebietes verzichte, die die Mobilisierung der Jahrestlasse 1919 veranlaßt habe.

Sodann ergriff der Abgeordnete Fargot das Wort. Er besprach an erster Stelle den Betrag der Reparations-schuld Deutschlands. In seiner Umgebung habe man nach dem Abkommen von London den Eindruck der Enttäuschung gehabt. Nach Prüfung der Tatsachen habe er aber Enttäuschung empfunden. Wenn Briand der Kammer nicht das Recht verleihe, das Abkommen von London zurückzuweisen, was sei dann aus seinem Versprechen geworden, daß die Kammer ihre Verantwortlichkeit übernehme? Die Ablehnung des Abkommens von London durch das Parlament sei weniger ernst als die Weigerung des amerikanischen Senats, den Friedensvertrag von Versailles zu ratifizieren, als die Annullierung des englisch-amerikanischen Schutzvertrages und als die letzten Worte Lloyd Georges über Oberschlesien. (Beifall.) Die französische Demokratie habe das Recht, sich nicht durch das Abkommen von London zu binden, das in seinen Folgen zum Ruin des siegreichen Frankreich gegenüber einem Deutschland führen müsse, das den Kopf wieder erhebe. Selbst mit dem Abkommen von London würde Frankreich bluten und es würde die Hälfte seines Kapitals aufwenden, um die Pensionen und Kriegsschäden zu bezahlen.

Nach dieser Rede wurde die Sitzung auf einige Zeit unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung ergriff Minister Loucheur das Wort.

Loucheur erklärte: Fargot habe als einzig Positives erklärt, die deutsche Tätigkeit müsse für den Wiederaufbau in Anspruch genommen werden. Hatte er es für möglich, 300 000, 400 000, 500 000 Deutsche in Frankreich arbeiten zu lassen? Denn nur das allein habe einen Wert. Gemäß sei die Zahlung in Natura ein ausgezeichnetes Mittel, aber könne denn Frankreich das Abgabegeld für die gesamte industrielle Tätigkeit Deutschlands geben? Frankreich habe in London gesagt, es sei notwendig, daß die Welt der Gläubiger Deutschlands werde. Zum ersten Male habe man dieses Problem mit England und Belgien besprochen und habe eine Lösung gefunden, die Frankreichs Forderungen Sicherheit in der Welt geben. Zum ersten Male habe man in London eine Lösung zustande gebracht, die die französische Schuld sicherstelle. Man habe leidenschaftlich von einer Garantiekommision gesprochen, die die Zahlung der Schulden sicherstelle. Man habe auch gesagt, man wolle Deutschland wie die Türkei behandeln. Die Garantiekommision habe die Aufgabe, die deutsche Schuld zu internationalisieren. Die Reparationskommission habe nach dem Vertrage von Versailles das Recht gehabt, die Zahlungen Deutschlands hinauszuschieben. Diese Gefahr habe man beseitigt. Frankreich habe jetzt Deutschland gezwungen, das Maximum zu bezahlen. Deutschland müsse viel exportieren, damit es reparieren könne, ohne der wirtschaftlichen Tätigkeit Frankreichs Schaden zuzufügen und ohne doch es im Widerspruch stehe mit dem Aufbau der befreiten Gebiete. In politischer Hinsicht werde Briand den Kritikern antworten: Hierauf wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte die Weiterberatung auf Dienstagmittag vertagt.

### Krieg dem Kriege!

Antimilitaristische Kundgebungen französischer Reservisten. Paris, 20. Mai. Petit Parisien meldet aus Dijon: Im Augenblick des Abganges von Infanterie und Jägern zu Fuß nach dem Rhein fanden einige Kundgebungen statt. Es sei notwendig gewesen, andres Militär in Anspruch zu nehmen, um die Kundgebungen zu unterbrechen. Der Militärzug hätte trotzdem unter dem Gesang der Internationale abgehen können. Es sei den Offizieren durch ihr entgegenkommendes Verhalten möglich gewesen, die Soldaten zur Ruhe zu veranlassen. Humanité stellt den Zwischenfall etwas erster dar und erklärt, er hätte sich in einem Reservistenlager bei Dijon in der Nacht zum Mittwoch ereignet. Die Soldaten hätten den Gesang „Krieg dem Kriege“ angestimmt.

### Die Politik der Zweideutigkeit. Aulock und Orgesch in der ober-schlesischen Affäre.

Wer regiert in Deutschland? Das Kabinett Wirth oder Escherich und Aulock, die Häupter der Orgesch? Das Kabinett Wirth erklärt das Verbot der Anwerbung von Freiwilligen zum Kampf um Oberschlesien, Escherich aber und Aulock organisieren gemütsruhig drauflos, als gehe sie die angebliche Regierung in Berlin nichts an. Zug auf Zug voll Orgeschbildungen rollt aus Bayern nach Schlesien und keine Behörde ist da, die die Verächter des Verbots der Reichsregierung beim Kragen nimmt. Keine Behörde hält diese sehr durchsichtig maskierten „Zivilistenzüge“ an, keine beschlagnahmt die Waffen, die Kriegsausrüstung, die in diesen Zügen mitgeführt wird. Und wenn ein Betriebsrat seine Pflicht tut, wie der in Dresden, und dafür vom Orgeschrowdys blutig geprügelt wird, so ist keine Behörde da, die ihn schützt, keine, die ihn unterstützt. Im Gegenteil.

Die Orgesch darf ungehindert und ungehindert der Verbote der Reichsregierung spotten — sie erfährt dabei stillschweigende Duldung oder vielmehr Förderung durch amtliche Stellen, die sich dem Teufel um die Gebote der Reichsregierung kümmern. So ist wieder ganz so, wie zu den Zeiten des Balkanabenteuers, da mit Hilfe der militärischen Organisationen, mit Hilfe der Reichswehr die Anordnungen der Reichsregierung systematisch durchkreuzt wurden. Daß auch diesmal solche Zusammenhänge wieder bestehen müssen, liegt auf der Hand. Die Waffen und die Ausrüstung der Orgeschbildungen schiedem natürlich nicht vom Himmel herunter. Die Organisationen der gegnerischen Elemente, die allezeit ihren festen Stützpunkt in der Reichswehr hatte, klappt wieder einmal vorzüglich.

Und die Reichsregierung? Die Reichsregierung tut, als sähe sie nichts. Sie hat noch kein Wort zu den Vorgängen in Dresden gefunden. Die sächsische Regierung läßt durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgendes dazu bekanntgeben: „Noch bevor die Presse darüber berichtete, haben sich Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den sächsischen Ministerpräsidenten mit dem Ersuchen gewandt, bei der zuständigen Reichsbehörde eine Untersuchung über die Vorkommnisse zu veranlassen. Der Ministerpräsident hat dieser Bitte entsprochen.“ Inzwischen sind zweimal vierundzwanzig Stunden vergangen, ohne daß von einer Anfrage oder einer Erklärung der Reichsregierung etwas bekannt geworden wäre. Dafür kann das Leipziger Tageblatt eine Darstellung bringen, die offenbar von der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden inspiriert ist. Sie sucht die Affäre als harmlos hinzustellen und die Orgeschrowdys in Schutz zu nehmen. Unre Meinung wird als „unabhängige Ente“ bezeichnet und über die Tatsache, daß Waffen und Munition mitgeführt wurden, und zwar unter falscher Deklaration, gleitet der Herr Vertuschungsrat hinweg mit der Wendung: „In dieser Meinung, in der auch von Waffen und Munition die Rede war, wird der Eindruck erweckt, als ob es sich um geheime und verbotene Vorgänge handele.“ Wechselt die Waffen und Munition als nicht verderbliche Lebensmittel deklarieren wurden, wenn es sich nicht um geheime und verbotene Vorgänge handelt, vergißt der Herr Vertuschungsrat zu erklären. Seine weitere Darstellung lautet dann: „Es handelt sich um einen Vorzug zu dem gewöhnlichen Münchner D-Zug, der vormittags in Dresden eintrifft. In diesem Vorzug wurde kein geschlossener Transport befördert, sondern sämtliche Passagiere waren ordnungsgemäß mit Fahrkarten versehen. In Dresden glaubte ein unabhängiges Betriebsratsmitglied des Hauptbahnhofs Augenangelegenheiten zu sehen und verfuhr, ohne die Behörde zu benachrichtigen, den D-Zug anzuhalten, und das Gepäck zurückzuhalten, weswegen es mit einigen Fahrpässen, die sich als heimtückische Oberschlesier auswiesen, zu einem Konflikt kam, wobei dieses unabhängige Betriebsratsmitglied verprügelt wurde. Von den Passagieren ist natürlich niemand mehr zu erreichen. Alle Aufgaben fähigen sich daher auf diesen unabhängigen Eisenbahnangestellten. Infolgedessen ist es unmöglich, völlige Klarheit zu schaffen, doch ist man nicht im Zweifel, daß es sich um eine unabhängige Tendenzmeldung handelt.“

So sollen die Spuren verwischt werden. Diese Tendenz wundert uns gar nicht, denn wie wir aus Dresden erfahren, hat ein Mitglied des Betriebsrates, das bei dem Leiter der Generaldirektion, Dr. Müller, wegen des Vorfalles vorstellig wurde, von diesem die lebenswichtige Erklärung erhalten, daß jenes Mitglied des Betriebsrates, das den Zug anhalten wollte, ein vaterlandsloser Geselle sei. Nach Ansicht dieses Vertreters der Generaldirektion muß offenbar alles getan werden, um das Verbot der Reichsregierung unwirksam zu machen. Der Herr scheint weiter nichts dabei zu finden, wenn der „vaterlandslose Geselle“ von den Orgeschrowdys detari mißhandelt wurde, daß ihm Mund und Nase aufgerissen und eine schwere Kopfverletzung zugefügt wurde, daß ihm die Kehle vom Leibe gerissen und die